

Solidarität in der EU-Flüchtlingspolitik

1. Platz Jean Monnet Aufsatzwettbewerb für Schüler*innen 2021

30.09.2021

Beim Wort Solidarität handelt es sich um einen dieser Begriffe, der von verschiedensten Leuten in verschiedensten Situationen genutzt wird. Es ist eines dieser Worte, dass in jeder Gelegenheit passend zu sein scheint und dadurch heute zu einer inhaltslosen Worthülse verkommen ist. Um über Solidarität in der EU zu schreiben, muss der Begriff Solidarität also erstmal wieder richtig definiert werden. Der Duden setzt Solidarität mit „unbedingtem Zusammenhalten mit jemandem aufgrund gleicher Anschauungen und Ziele“ gleich. Für die EU, die ja so gerne vorgibt eine „Werteunion“ mit ähnlichen Zielen und Wünschen zu sein, passt diese Definition sehr gut. Deshalb werde ich diese erstmal behalten und schauen, ob sich die einzelnen EU-Mitgliedsstaaten nach diesen Vorgaben wirklich solidarisch untereinander verhalten.

Um das solidarische Verhalten der EU zu prüfen, braucht man eine Extremsituation, in der es auf jeden einzelnen Partner ankommt, weil es wirklich große Herausforderungen gibt, die nur gemeinsam gelöst werden können. Die ideale Situation dafür ist natürlich die sogenannte „Flüchtlingskrise“ rund um die Jahre 2015 und 2016.

Hier wurde nicht nur Solidarität innerhalb EU benötigt, nein, man musste mit anderen Ländern, bzw. Menschen aus anderen Ländern solidarisch sein und dafür sorgen, dass diese ihr Menschenrecht auf Asyl wirklich erhalten würden. Doch schon bevor es wirklich um Unterstützung untereinander ging, in einer Phase, in der erstmal nur Menschen gerettet werden sollten, versagte die EU bereits. Sie schaffte es nicht, sich auf eine gemeinsame Flüchtlingspolitik zu einigen. Während Angela Merkel weiterhin für eine Willkommenspolitik einstand, schafften Länder, wie Ungarn oder Slowenien bereits Fakten, in dem sie ihre Grenzen schlossen und auf Migrant*innen

teilweise sogar mit Gewalt reagierten. Für eine EU, die 2012 noch den Friedensnobelpreis unter anderem für die positive Wirkung auf die Menschenrechte erhalten hatte, ist dieses Vorgehen, bei dem Leute ganz offensichtlich an ihrem Recht auf Asyl gehindert wurden, aus meiner Sicht nicht hinnehmbar und schon gar nicht solidarisch. Wenn man sich nochmal die Definition von Solidarität von oben anschaut, sieht man nämlich recht schnell, dass „gleiche Anschauungen und Ziele“ hier nicht gegeben waren, womit das Verhalten auch nicht mehr solidarisch war.

Trotzdem konnten in den Jahren 2015 und 2016 immerhin mehr als 2,5 Millionen Flüchtlinge in der EU einen Asylantrag stellen. Da dies eine doch recht große Zahl ist, erscheint es nur fair, die Flüchtlinge gleichmäßig auf alle Mitgliedsstaaten zu verteilen. So sehen das auch fast 80% der EU-Bürger*innen und auch in den östlichen EU-Ländern gibt es in der Bevölkerung mit 59% hierfür eine Mehrheit. Trotzdem schafft es die EU wieder nicht solidarisch zu handeln. Eine feste Flüchtlingsquote gibt es bis heute bekanntermaßen nicht. Dass Staaten, wie die Slowakei und Polen einen solchen Vorschlag einfach blockieren können, ist ziemlich enttäuschend und hindert andere Staaten, die solidarisch handeln wollten, nun komplett an der Umsetzung ihrer Ideen. Das Ziel der EU sich gegenseitig zu unterstützen und so bei allen Mitgliedern für Vorteile zu sorgen, ist auch hier wieder an wenigen gescheitert und sorgt am Ende mit für die illegalen Push-Backs an den Außengrenzen. Die Grenz-Staaten sind von der Situation einfach überfordert und wissen sich nicht anders zu helfen. Das rechtfertigt dieses Vorgehen natürlich nicht, macht es aber wenigstens ein bisschen verständlicher.

Im September hat die EU-Kommission ein neues Konzept für eine bessere und solidarischere EU-Flüchtlingspolitik vorgestellt. In diesem sollen

Länder, die kein Interesse an der Aufnahme von Flüchtlingen zeigen, auch die Chance bekommen, die EU-Migrationspolitik auf andere Art zu unterstützen. So sollen sie zum Beispiel anderen Ländern bei der Durchführung von Abschiebungen helfen dürfen. Dass die EU mit solchen Plänen immer weiter auf Länder, wie Polen und Ungarn zugeht, nur, um endlich symbolisch eine gemeinsame Flüchtlingspolitik mit allen zu erreichen, erscheint mir ebenfalls nicht wirklich sinnvoll. Unterstützung bei Abschiebungen hilft den Ländern an den Außengrenzen nämlich auch nicht dabei, besser mit den Flüchtlingen, die ein Recht auf Asyl haben, umzugehen. Es hilft weder den Flüchtlingen bei einer besseren Integration, noch bringt es die betroffenen Länder weiter, die mit ihren Aufgaben teilweise komplett überfordert sind. Es verbessert also nicht die Solidarität, vielmehr ist es ein weiterer symbolischer Akt, der an der eigentlichen Lage nichts verbessert, aber versucht Länder, die grundsätzlich blockieren auf seine Seite zu ziehen.

Echte Solidarität würde bedeuten, dass man Ländern, wie Griechenland und Italien Flüchtlinge abnimmt. Die Einwander*innen aus dem ehemaligen Camp Moria leben zum Teil immer noch in provisorischen Lagern und könnten von der deutschen Regierung jederzeit aufgenommen werden. Viele deutsche Städte und Kommunen haben sich als sichere Häfen erklärt, zeigen sich also offen dafür, noch mehr Flüchtlinge aufzunehmen, wenn die Bundesregierung welche evakuieren würde. Direkt nach den Bränden im Flüchtlingslager hat Deutschland schon einmal einige Flüchtlinge von dort aufgenommen. Das könnte man wiederholen, was gelebte Solidarität, sowohl mit Griechenland als auch mit den Flüchtlingen wäre, doch stattdessen müssen die Menschen dort weiter unter teils menschenunwürdigen Zuständen leben, nur, damit die EU ihre Abschreckungspolitik weiter durchziehen kann. Diese hat weiterhin das Ziel, Flucht in der EU generell zu unterbinden, anstatt diese endlich als Lösung gegen den akuten Fachkräftemangel und einen problematischen demografischen Wandel in vielen EU-Staaten zu sehen.

Würde Deutschland als bevölkerungsreichstes Land der EU jetzt solidarisch vorweggehen, könnte das dazu führen, dass andere Länder folgen würden. Auch Länder, wie Frankreich, Schweden, Finnland, die Niederlande, Italien, Griechenland, Portugal, Luxemburg und Belgien setzten sich in der Vergangenheit für eine faire und

solidarische Flüchtlingspolitik ein, die sich z.B. an der Bevölkerungszahl und der wirtschaftlichen Stärke der Länder orientiert. Diese, nicht unerhebliche Anzahl an Ländern, die Interesse an einer fairen Verteilung hat, könnte jetzt vorweg gehen und dafür zum Beispiel finanzielle Unterstützung (z.B. 10000 € pro aufgenommene*n Migrant*in, wie im neuen Vorschlag der Kommission) erhalten. Andere Länder würden dann vielleicht sehen, dass das gut funktioniert und, wenn sie dann noch weitere Anreize bekommen wären sie irgendwann vielleicht auch bereit mitzumachen und eine wirklich faire und solidarische Flüchtlingspolitik könnte entstehen.

Die Idee der EU war grundsätzlich eine Solidarität in wirtschaftlicher Hinsicht, später aber auch in anderen Bereichen zu schaffen. Darauf sollte man sich jetzt wieder besinnen und, wenn einige Länder dies nicht mitmachen, müssen solche Dinge zu Not auch mit nur wenigen Ländern umgesetzt werden. Eine erfolgreiche und solidarische Flüchtlingspolitik der EU, wäre wieder ein gutes Beispiel für die Vorteile, die die Europäische Union bringt. Damit wäre sie gerade in der aktuellen Zeit, die von immer mehr nationalistischen EU-Kritiker*innen geprägt ist, ein gutes Gegenmittel gegen eben diese.

M. U.

10. Klasse

Erich Kästner-Schule Darmstadt